

Zählergemeinschaftvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der BVV Tempelhof-Schöneberg 2011 – 2016

PRÄAMBEL

SPD und Bündnis90/Die Grünen beschließen für die Wahlperiode 2011 – 2016 der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg die Bildung einer Zählergemeinschaft.

Unser gemeinsames politisches Ziel ist es, unseren Bezirk sozial, ökologisch und gemeinwohlorientiert zu gestalten, mehr Transparenz und Bürger/innenbeteiligung zu ermöglichen und die Finanzen des Bezirks sorgfältig und wirtschaftlich einzusetzen.

I. Grundsätze der Zusammenarbeit und Ressortverteilung

SPD und Bündnis 90/Die Grünen bilden eine Zählergemeinschaft zur Wahl der Bezirksbürgermeisterin auf Vorschlag der SPD.

Die Parteien wählen die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten für das Bezirksamt mit den Stimmen ihrer beiden Fraktionen.

Die Mitglieder beider Parteien im zukünftigen Bezirksamt unterstützen einen gemeinsamen Vorschlag zur Ressortverteilung, der durch die Bezirksbürgermeisterin erfolgt.

Unser gemeinsamer Vorschlag zur Aufgabenverteilung im Bezirksamt lautet:

- Bürgermeisterin mit der SE Finanzen, der SE Personal, den Beauftragten und der OE Wirtschaftsförderung (SPD)
- Jugendamt, Amt für Bürgerdienste, Ordnungsamt, Umwelt- und Naturschutzamt (SPD)
- Amt für Stadtentwicklung, Sozialamt, Gesundheitsamt, OE Sozialraumorientierte Planungskoordination (Bündnis/Die Grünen)
- Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt, Serviceeinheit Facility Management
- Schul- und Sportamt, Amt für Weiterbildung und Kultur

Wir vereinbaren, dass die Stelle der Flächenmanagementbeauftragten der Bürgermeisterin zugeordnet wird.

Wir unterstützen das Vorschlagsrecht der stärksten Fraktion für die Funktion der BVV-Vorsteherin. Wir unterstützen die Wahl der Kandidatin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Wahl der stellvertretenden BVV-Vorsteherin und die Wahl des Kandidaten/der Kandidatin der SPD-Fraktion zum Schriftführer/zur Schriftführerin.

Die Mitglieder des Bezirksamtes handeln für ihr Ressort eigenverantwortlich, unbeschadet der Auskunfts- und Informationsrechte der Bezirksbürgermeisterin entsprechend der Geschäftsordnung des Bezirksamtes. Die BA-Mitglieder beider Parteien konsultieren sich zu strittigen Fragen im Bezirksamt und bereiten die Sitzungen im Bezirksamt in der Regel gemeinsam vor.

Wir sind uns darüber einig, dass die Fraktionen hinsichtlich ihrer Entscheidungen in politisch unterschiedlich bewerteten Fragen in der BVV weiterhin frei sind. Ziel ist aber ein gemeinsames Vorgehen in der BVV und ihren Ausschüssen. Dies gilt insbesondere für die als „Gemeinsame Projekte für die Wahlperiode“ vereinbarten Punkte.

Zur Vorbereitung des Stadtplanungsausschusses verständigen sich die Zählgemeinschaftspartner auf eine regelmäßige Absprache zu den Sitzungen.

Es soll ein „Zählgemeinschaftsausschuss“ aus SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Mitgliedern des Bezirksamts und Vorständen der beiden Parteien und Fraktionen gebildet werden. Dieser Ausschuss soll regelmäßig jeden zweiten Monat (und bei Bedarf öfter) zusammenkommen und die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen begleiten. Der Ausschuss soll Konflikte klären und die gemeinsamen Projekte voranbringen. Seine Aufgabe soll nicht sein, das Tagesgeschäft zu erledigen.

II. Gemeinsame Projekte für die Wahlperiode

Transparenz und Partizipation im Bezirk

Wir vereinbaren, dass die Weiterentwicklung von Transparenz und Partizipation bei politischen Entscheidungsprozessen im Bezirk Tempelhof-Schöneberg ein zentrales rot-grünes Projekt wird. Ziel ist eine offene, verständliche, bürgerorientierte und partizipative Verwaltungsstruktur im Bezirk.

Deshalb sind die folgenden Maßnahmen verabredet:

- Es wird ein/e **Beauftragte/r für Informationsfreiheit** eingerichtet/benannt, um den Zugang zu Informationen und Entscheidungen im Bezirk für alle Bürger/innen zu gewährleisten.
- Im Bezirk wird ein einheitliches **Beschwerdemanagement** eingerichtet, das es den Bürger/innen über ein Internetportal ermöglicht, ein Anliegen an das Bezirksamt zu richten und dessen Bearbeitungsstand zu verfolgen (wie es beispielsweise Brandenburg mit „Maerker“ durchführt).
- Die begonnenen Maßnahmen zur Transparenz und Beteiligung der Bürger/innen an der Haushaltsplanaufstellung (**Bürgerhaushalt**) soll weitergeführt und wesentlich verbessert werden. Dabei soll am Verfahren, aus allen Ortsteilen einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung über das Einwohnermelderegister zur Mitarbeit einzuladen, festgehalten und mit weiteren Maßnahmen (Internet-Modul, Einbeziehung von Interessenvertretungen und weiteren Bürger/innen etc.) ergänzt werden. Der Bearbeitungsstand der Vorschläge und die Ergebnisse der Verfahren werden mit den Beteiligten rückgekoppelt.
- Eine **Informations-Internet-Plattform** mit transparenter Darstellung zum Stand bezirkspolitischer Entscheidungen und bezirklicher Maßnahmen aus allen Fachbereichen des Bezirksamtes und Dialogfunktion wird unverzüglich eingerichtet.
Zentrale Elemente sind (a) eine **Onlinezeitung** mit Informationen aus allen Ämtern, (b) ein Modul für ein bezirkliches **Beschwerdemanagement** und (c) ein Modul zur Transparenz und Beteiligung an der **Haushaltsplanaufstellung** (Bürgerhaushalt). Das open-data-Prinzip soll Schritt für Schritt umgesetzt werden. Es soll geprüft werden, wie eine open-data-Plattform eingeführt werden kann. Bezirksamtsbeschlüsse werden zur Information auf die Internetseiten des Bezirksamtes gestellt.
- Für die Mitarbeiter/innen ist ein Schulungskonzept zu erarbeiten, um zum einen die Anwendung der neu einzuführenden Instrumente zu gewährleisten. Zum anderen sollen alle Bereiche prüfen, inwieweit im Internet die Darstellung ihrer Arbeitsprozesse erfolgen kann, um Bürgerbeteiligung im Verwaltungsverfahren an wirkungsvoller Stelle zu integrieren.

- In regelmäßigen Abständen finden **Stadtteilforen** in den Stadtteilen des Bezirks statt, die über bezirkliche Maßnahmen informieren und einen direkten Dialog der Bürger/innen mit den verantwortlichen Stadträten ermöglichen. Diese Foren sind ein wichtiges Instrument der Sozialraumorientierung, die ein abgestimmtes Vorgehen der Fachämter durch integrierte Handlungskonzepte ermöglichen.

Sozialraumorientierung ressortübergreifend verankern

Das tägliche Leben der Bürger/innen des Bezirks spielt sich in seinen Kiezen, den Quartieren, ab. Deshalb wollen wir die bezirkliche Politik noch stärker als bisher an diesen Sozialräumen orientieren, Nachbarschaften stärken und das Stadtteilmanagement als Verwaltungsaufgabe verankern. Teil des sozialraumorientierten Handelns ist die verstärkte Bürgerbeteiligung und -aktivierung und eine starke Vernetzung aller Akteure.

Dies gilt es systematisch ämterübergreifend auszubauen und zu koordinieren.

Die Zuständigkeit jeweils eines Bezirksamtsmitgliedes für einen Sozialraum in Form einer Matrixorganisation soll geprüft werden.

Wir unterstützen die Forderung des Rats der Bürgermeister, dass die Mindest-Finanzierung dieser Organisationseinheit zusätzlich im Haushalt der Bezirke eingestellt wird. Wir werden die dafür notwendige Organisationseinheit ‚sozialraumorientierte Planungscoordination‘ unverzüglich einrichten und beginnend mit zwei bis drei Stellen ausstatten. Nach zwei Jahren soll eine Zwischenbilanz gezogen werden.

Das Bezirksamt wird verpflichtet, eine ressortübergreifende, an den definierten Sozialräumen orientierte, qualifizierte Sozialberichterstattung vorzulegen, die die Bereiche Bevölkerungsstruktur, demographische Entwicklung, soziale Lage, Transferleistungsbezug, Mieten/Wohnen, Infrastruktur, Gesundheit/Umwelt sowie Kinder und Jugendliche und behinderte Menschen umfasst.

Es wird geprüft, ob und unter welchen Bedingungen Verfügungsfonds eingerichtet werden können, über deren Verwendung die Anwohner/innen selbst entscheiden.

Für einzelne Quartiere (Planungsräume) und Regionen sind abteilungsübergreifende Sozialraumplanungen/Bezirksprofile und Handlungsvorschläge inkl. Umsetzungsstrategien zu entwickeln.

Entwicklung Winterfeldtkiez

Im Bereich **Nollendorfplatz/Maaßenstr./Winterfeldtplatz** wird gemeinsam mit Bürger/innen und Gewerbetreibenden eine Planungswerkstatt eingerichtet. Sie verfolgt das Ziel, das Gebiet aufzuwerten und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu erhöhen. Zu diesem Zweck sind abteilungsübergreifend abgestimmte unterschiedliche Maßnahmen zu ergreifen, z. B. durch ordnungsbehördliche, straßenbauliche oder straßenverkehrliche Maßnahmen (wie Verkehrsberuhigung und Querparken).

Entwicklung Tempelhofer Damm / Mariendorfer Damm

Wir streben an, den T-Damm-Abschnitt zwischen Alt-Tempelhof und dem Hafen neu zu gestalten, um den öffentlichen Raum für Anwohner/innen, Fußgänger/innen und Fahrradfahrer/innen ansprechender zu gestalten. Durch die Verbesserung der Aufenthaltsqualität soll eine flanierfreundliche Atmosphäre entstehen, damit der Einzelhandel wiederbelebt werden kann. Wir werden nachhaltig und schrittweise für die Umsetzung des BVV-Beschlusses 1565/XVIII vom 16.2.2011 (Perspektiven für die Tempelhofer Nord-Süd-Achsen) für den Tempelhofer und Mariendorfer Damm eintreten.

Ferner werden wir uns für die Einführung von Tempo 30 nachts und am Tage und für ein Durchfahrverbot des Schwerlastverkehrs bei der Verkehrslenkung Berlin (VLB) einsetzen. Wir werden die Entwicklung einer Fahrradrouten parallel zum T-Damm voranbringen. Zusätzlich soll schrittweise die Markierung eines Fahrradangebotsstreifens zwischen Alt-Tempelhof und Alt-Mariendorf erprobt werden.

III. Vereinbarungen

Finanzen/Personal/Investitionen

Grundlage unseres Handelns im Bezirk ist der verantwortungsvolle Umgang mit den knappen Ressourcen. Konsens in der Zählgemeinschaft ist, alle Entscheidungen auf ihre Finanzierbarkeit zu prüfen. Wir sind uns einig, dass dies Prioritätensetzungen erfordern wird, die wir gemeinsam treffen.

- **Investitions- und Haushaltsplanung**
Wir vereinbaren, dass die Investitions- und Haushaltsplanung im Vorfeld der Beratungen im Hauptausschuss besprochen werden. Ziel ist der gemeinsame Beschluss der Zählgemeinschaftspartner von Haushalt und Investitions-Planung.
- **Interkulturelle Öffnung der Verwaltung**
Wir werden die interkulturelle Öffnung bei Neueinstellungen und bei der Fort- und Weiterbildung voranbringen. Dazu werden wir den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund anheben (Kampagne „Berlin braucht Dich“) und die Zusammenarbeit mit freien Trägern verbessern, die Vorbereitungskurse für den Einstellungstest im öffentlichen Dienst anbieten.
- **Abteilungsübergreifendes Personalplanungskonzept**
Wir werden ein abteilungsübergreifendes Personalplanungskonzept auf den Weg bringen, bei dem u. a. die Stellen identifiziert werden sollen, die Schlüsselfunktionen haben oder für die Betriebsfähigkeit (z. B. Sozialarbeiter/innen, Ärzte/innen, technisches Personal) von hoher Bedeutung sind. Solche Stellen sind vorrangig von außen zu besetzen.
- **Aufgaben- und Zweckkritik**
Wir werden die Aufgaben- und Zweckkritik in der Verwaltung mit dem Ziel vornehmen, den Haushalt zu entlasten, Ressourcen zu erschließen und die Dienstleistungsqualität zu erhöhen.
- **Gemeinsame Dienstleistungszentren**
Geeignete Verwaltungsaufgaben werden gemeinsam mit benachbarten Bezirken erledigt. Hierzu soll die Einrichtung von gemeinsamen Dienstleistungszentren geprüft werden.
- **Gemeinsames Vorgehen im Rat der Bürgermeister**
Wir werden auf Landesebene für eine solide Finanzierung der Bezirke eintreten und gemeinsam entsprechende RdB-Vorlagen erarbeiten. Dabei setzen wir uns für folgende Sachverhalte ein:
 - 1) Die Abschaffung des Einstellungskorridors für alle Bezirke.
 - 2) Die Bezirke sollen selbst entscheiden können, ob sie ihre Ziele mit eigenem Personal oder mit dem Einkauf von Dienstleistungen erreichen wollen.
 - 3) Die Ist-Zumessung des Personalplafonds ist abzuschaffen.
 - 4) Die politische Beteiligung der Bezirke bei der Beratung über die Festlegung der Bezirks-Budgets im Abgeordnetenhaus.

Facility Management

- Die beteiligten Partner bekennen sich zu einem offensiven Flächenmanagement, um bezirkseigene und dauerhafte Haushaltsentlastungen zu erreichen.
- Die Finanzierung der Maßnahmen des Flächenmanagements (Umzugs-, Umbau-, Sanierungskosten und Kosten der Medientrennung) werden in der Investitions- und Haushaltsplanung abgesichert.
- Wir vereinbaren uns, im Rat der Bürgermeister und bei der Senatsverwaltung für Finanzen für eine **verlässliche** und **vereinfachte** Regelung zur Abgabe von Bezirksimmobilien einzusetzen

(Abgang aus der Anlagenbuchhaltung). Hierzu sollen auch Rückmietungsmöglichkeiten von Schulgebäuden gehören, um Schwankungen in den Schülerzahlen nicht mit Neubauten kompensieren zu müssen.

- Wir werden die Vorlage der Schülerzahlenentwicklung im November 2011 überprüfen und gemeinsam bewerten, ob mit einer nachhaltigen Steigerung der Schülerzahlen im Bezirk zu rechnen ist, und ob sich hieraus Änderungen für die bisherigen Festlegungen im Flächen- und Immobilienmanagement ergeben.
- Wir werden die Realisierung des Eigentümer-Nutzer-Modells anstreben (BVV-Beschluss Ds-Nr. 444/XVIII), um den Flächen- und Energieverbrauch jährlich darzustellen, sowie die Bewirtschaftungskosten jährlich gegenüber allen Organisationseinheiten in den Bürodienstgebäuden abzurechnen. Hierzu soll ein Nachbarbezirk als Partner gewonnen werden und von der Senatsverwaltung für Finanzen zugesagte Personal- und Sachmittel beantragt werden.
- Das Kosten- und Energieentlastungsprogramm „Intracting“ hat bisher für jeden eingesetzten Euro eine Entlastung von jährlich 0,20 EUR erreicht und zwischen den Jahren 2005 und 2009 eine Entlastung von über 4.000 t CO₂ bewirkt. Wir werden daher den Ansatz für das Intracting mindestens auf das Niveau von ehemals 750.000 EUR p. a. anheben. Die im laufenden Jahr erzielten Kostenersparnisse sollen dem Ansatz des kommenden Jahres durch jeweilige verbindliche Erläuterungen im Haushaltsplan zugeschrieben werden (BVV-Beschluss).
- **Prioritätenliste der Instandsetzung und Sanierung**
Die bauliche Unterhaltung der Bezirke ist seit Jahren unterfinanziert. Wir werden die notwendigen Beschlüsse herbeiführen, um zu einer Prioritätenliste der notwendigen Sanierungsmaßnahmen in allen bezirklichen Gebäuden zum Doppelhaushalt 2012/2013 zu kommen und diese von Jahr zu Jahr fortzuschreiben. Hierzu ist zunächst eine umfassende Bestandserfassung erforderlich. Nicht alles, was notwendig ist, wird auf Grund der knappen Finanzmittel sofort saniert und instandgesetzt werden können. Wir werden aber dafür Sorge tragen, dass der Mitteleinsatz so effizient und transparent wie möglich erfolgen wird. Hierfür werden wir anhand von Kostenindizes die Baukosten fortlaufend transparent darstellen und kontrollieren lassen. Wir wollen eine budgetorientierte Mittelverwendung gewährleisten, die zu allererst die Betriebsfähigkeit und Verkehrssicherheit der Immobilien sicherstellt. Bei Baumaßnahmen von mehr als 500.000 EUR Baukosten soll das jeweilige Bedarfsprogramm regelmäßig durch die SE Finanzen auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden.

Schule

- **Schule braucht Transparenz und Beteiligung von Anfang an**
Wir setzen uns gemeinsam für eine andere Schulpolitik im Bezirk ein, die bei grundlegenden Änderungen auf die frühzeitige Einbeziehung von allen Beteiligten setzt und den Prozess von Anfang an transparent gestaltet. Gemeinsames Ziel ist es, Schulpolitik mit und nicht gegen die Betroffenen zu gestalten. Wir wollen somit eine höhere Akzeptanz bei Eltern, Schüler/innen und Lehrer/innen bzw. Schulleiter/innen erreichen. Schulen sollen sich mit Erfolg profilieren können. Ziel der Politik für Berlin und seine Bezirke muss es sein, allen Schüler/innen einen erfolgreichen Bildungsweg zu gewährleisten. Wir setzen uns nachhaltig dafür ein, dass Tempelhof-Schöneberg seinen Anteil daran leistet.
- **Schulentwicklungsplanung fortschreiben, Inklusion verankern**
Die Schulentwicklungsplanung ist das zentrale Instrument des Bezirks zur Fortentwicklung und Bedarfsermittlung schulischer Infrastruktur im Bezirk. Wir werden uns gemeinsam für eine umgehende Fortschreibung der bezirklichen Schulentwicklungsplanung einsetzen. Hierbei wird die Inklusion als fester Bestandteil berücksichtigt. Die jeweils aktualisierte Statistik wird dabei geprüft und bewertet, ob und wie eine optimale Schulversorgung im Bezirk gesichert werden kann.

- **Förderzentrum weiter vernetzen und zum Kompetenzzentrum ausbauen**
Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein sonderpädagogisches Kompetenzzentrum im Süden des Bezirks eingerichtet wird. Schüler/innen mit Förderbedarf sollen sich im Bezirk auf eine verbindliche Konzeption, Infrastruktur und verlässliche Personalausstattung stützen können, die Insellösungen vermeidet und einen zweckentsprechenden Personaleinsatz vorsieht.
- **Gemeinschaftsschule am Grazer Platz**
Am Standort Grazer Platz wird die erste Gemeinschaftsschule von Tempelhof-Schöneberg entstehen. Die Schulform der Gemeinschaftsschule bietet Chancen, den Zusammenhalt zu stärken und die Bildungserfolge aller Schülerinnen und Schüler zu steigern. Die Gemeinschaftsschule am Grazer Platz will ein offenes Bildungszentrum mit Campuscharakter für den ganzen Kiez werden. ~~SPD und Bündnis 90/Die Grünen vereinbaren, mit den Möglichkeiten des Bezirks die Gemeinschaftsschule zu unterstützen und zu einem Erfolg zu verhelfen.~~
Wir werden mit den Möglichkeiten des Bezirks die Gemeinschaftsschule bei der Umsetzung ihres durchgehenden Konzeptes und der Akquise von außerschulischen Partnern, die sozial-räumlich als auch in die Stadt hinein wirken, unterstützen.
- **Prioritätenliste der Instandsetzung und Sanierung von Schulgebäuden**
Die bauliche Unterhaltung der Bezirke ist seit Jahren unterfinanziert. Wir werden die notwendigen Beschlüsse herbeiführen, um zu einer Prioritätenliste der notwendigen Sanierungsmaßnahmen in den Schulen zum Doppelhaushalt 2012/2013 zu kommen und diese von Jahr zu Jahr fortzuschreiben. Hierzu ist zunächst eine umfassende Bestandserfassung erforderlich. Nicht alles, was notwendig ist, wird auf Grund der knappen Finanzmittel sofort saniert und instandgesetzt werden können. Wir werden aber dafür Sorge tragen, dass der Mitteleinsatz so effizient und transparent wie möglich erfolgen wird.
- **Standortkonzept für die Gustav-Heinemann-Oberschule**
Für den Neubau der Gustav-Heinemann-Oberschule werden wir die notwendigen Beschlüsse zur Erstellung eines umfassenden Standortkonzeptes herbeiführen, das eine in der Höhe begrenzte und behutsame Schulbebauung vorsieht. Das Raum- und Gebäudeprogramm wird zusammen mit geplanten Grundstücksarrondierungen oder Grundstücksverkäufen der BVV vorgelegt und dort beraten. Wir werden uns auch hier für eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Schule, des Schulamtes, der Senatsverwaltung und der Betroffenen einsetzen.
- **Die Gartenarbeitsschule bleibt erhalten.**
- **Lehrer/innenfortbildung**
Wir wollen die Qualität der Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer erhöhen und die Vernetzung der Institutionen stärken. Die Zählgemeinschaft formuliert einen Prüfauftrag mit dem Ziel, ein praktikables und finanzierbares Konzept für den regionalisierten Teil der Lehrer/innenfortbildung vorzulegen und Wege aufzuzeigen, wie sie – gegebenenfalls auch in Abstimmung mit angrenzenden Bezirken – zu realisieren ist.
- **Schulhelferstunden**
Ziel ist, dass der objektive und nachvollziehbare Unterstützungsbedarf jedes Kindes durch die Schule gedeckt wird. Das Verfahren zur Versorgung mit Schulhelferstunden muss verbessert und transparent nachvollziehbar werden. Darüber soll die Schulaufsicht regelmäßig u. a. im Schulausschuss und BEA Schule bei ihrer Entscheidungsfindung Bericht erstatten.
- Die **Schulabbrecherquote** soll gesenkt werden. Hierzu wollen wir eine Lese-Kampagne im Bezirk starten. Dabei gründen Grund- und Oberschulen, Schulaufsicht, Schulamt und freie Träger ein „Bündnis für Lesen“. Bestandteil des Bündnisses soll ein Konzept zur Stärkung der Lesekompetenz sein. Hierzu gehört die verstärkte Werbung für Lesepaten/innen und ein koordinierter Einsatz in den Schulen.

Sport

Sport zu treiben soll in Tempelhof-Schöneberg für Jede und Jeden möglich sein. Wir benötigen dafür ausreichend Räume für Vereinssport und viel mehr Möglichkeiten, sich individuell und vereinsungebunden sportlich zu betätigen. Beides soll unterstützt werden.

- Die späte bzw. nächtliche Öffnung von Sporthallen soll verstetigt und die Ausweitung geprüft werden. Das Angebot soll sich an alle Sportbegeisterte richten, um Übergänge zwischen vereinsgebundenem und selbst organisiertem Sport zu schaffen. Sportvereine und Jugendfreizeiteinrichtungen sind an der Umsetzung zu beteiligen.
- Bei der Hallen- und Sportplatzvergabe soll der Bedarf die Nutzung bestimmen. Es wird angestrebt, erneut mit dem Jobcenter und dem Bezirkssportbund ein Projekt mit dem Ziel zu realisieren, die tatsächliche Belegung von Hallen zu überprüfen.
- Schulen und Sportvereine sollen bei ihrer notwendigen Zusammenarbeit unterstützt werden: Kooperationsvereinbarungen zwischen Vereinen und den Schulen sollen vom Bezirksamt aktiv unterstützt werden. Die Bedarfe von Schul- und Vereinssport sollen frühzeitig miteinander abgestimmt werden.
- Die Sportanlagenentwicklungsplanung ist fortzuschreiben. Dazu gehört insbesondere die systematische Darstellung des Sanierungsbedarfs aller vom Bezirk verwalteten Sportanlagen.
- Die weiterhin bestehende starke Unterversorgung in Tempelhof-Schöneberg verpflichtet zum Erhalt aller Sportanlagen. Bei/vor Aufgabe von Schulgebäuden muss geprüft werden, wie die vorhandenen Sportanlagen weiter genutzt werden können. Das gilt sowohl für Sportanlagen die von Sportvereinen genutzt werden wie für die, die der Öffentlichkeit zur Nutzung zur Verfügung stehen.
- Das Tempelhofer Feld bietet jetzt schon vielfältige Möglichkeiten für Sportbegeisterte aus Tempelhof-Schöneberg. Wir erwarten, dass es auch in Zukunft Platz für vielfältigen Individualsport und für den unterversorgten Vereinssport bietet. Wir streben zusätzliche Sportanlagen für unseren Bezirk auf dem Tempelhofer Feld an. Dabei ist darauf zu achten, dass die Möglichkeiten des selbst organisierten Sports nicht eingeschränkt werden.

Integration

Tempelhof-Schöneberg ist ein Einwanderungsbezirk, der durch die Zuwanderung seit dem Abkommen mit den Anwerbestaaten vor 50 Jahren stark geprägt worden ist. Eine Vielfalt von Lebensstilen und Kulturen bereichert unseren Bezirk. Gleichzeitig ist es eine Herausforderung für eine Anerkennungskultur und die Teilhabe aller Gruppen am gesellschaftlichen Leben, am Arbeitsmarkt, an Bildung und Kultur Sorge zu tragen. Deshalb vereinbaren wir, in dieser Wahlperiode auf der Grundlage des Integrationsberichts ein **bezirkliches Integrationskonzept** zu entwickeln, das zwischen allen Fachämtern abgestimmt wird. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, die Stärkung der Integrationsbeauftragten und die Verleihung des Integrationspreises sind hier wichtige Grundlagen.

- **CrossKultur**
Die erfolgreiche Veranstaltungsreihe CrossKultur spiegelt die kulturelle Vielfalt des Bezirks wider und sucht gemeinsam mit den Bewohner/innen nach Handlungsmöglichkeiten für mehr Chancengleichheit und den Einsatz gegen Diskriminierungen. Wir wollen CrossKultur als einen Höhepunkt des kulturellen Lebens im Bezirk verstetigen.
- **Interessenvertretung von MigrantInnenverbänden**
Wir werden die Interessenvertretung von Selbstorganisationen von Migranten und Migrantinnen unterstützen und für einen stärkeren Austausch mit ihnen sorgen. Der „neue“ Integrationsausschuss ist hier ein hilfreiches Instrument.

Stadtentwicklung & Wohnen

Wir wollen eine bauliche Entwicklung im Bezirk, die sich in die Umgebung einfügt, den Bedürfnissen der **Ökologie** und der **Nachbarschaften** Rechnung trägt und den **sozialen Zusammenhalt** stärkt. Dabei sollen die Möglichkeiten der behutsamen Bestandsverdichtung ausgenutzt werden. Um die soziale Mischung in den Kiezen zu erhalten und zu stabilisieren, werden wir alle bezirklichen Möglichkeiten ausschöpfen.

Wir werden uns u. a. intensiv dafür einsetzen, das Instrument der **Milieuschutzsatzung** zur Anwendung zu bringen. Mit dieser besonderen Form der Erhaltungssatzung soll insbesondere die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in bestimmten Gebieten erhalten bleiben. Wir werden die notwendigen Untersuchungen veranlassen, um die Grundlagen zum Erlass einer Milieuschutzsatzung zu überprüfen.

Wir unterstützen die **Vergabe von Grundstücken** im Erbbaurecht an kommunale Wohnungsbau-gesellschaften und Genossenschaften, um den Bau von kostengünstigem Wohnraum zu ermöglichen.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass das **Einzelhandels- und Zentrenkonzept** konsequent verfolgt wird. Wir wollen, dass die vorhandenen Potenziale für großflächigen Einzelhandel grundsätzlich nur dann ausgeschöpft werden, wenn dies mit einem deutlichen Mehrwert für das Gemeinwohl und den Städtebau verknüpft ist. Wir befürworten und unterstützen stabilisierende Investitionen im Bestand.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich zum „Stadtentwicklungsplan Industrie und Gewerbe“ in Berlin. Die für gewerbliche und industrielle Nutzungen vorgesehenen Flächen sollen in der Regel nicht umgewidmet und keine Ausnahmegenehmigungen erhalten. Damit soll u. a. die **Gewerbe- und Industrieansiedlung** befördert, und die Ansiedlung von Einzelhandel in Gewerbegebieten verhindert werden. Für alle größeren Bauvorhaben vereinbaren wir die frühzeitige und über den gesetzlichen Rahmen hinausgehende Beteiligung der Bürger/innen vor Ort.

- **Gasometer**

Wir treten dafür ein, dass der BVV-Beschluss vom 18.5.2011 (Ds-Nr. 1805/XVIII) umgesetzt wird. Demnach soll die Torgauer Straße in Höhe Cheruskerstraße für den Verkehr zügig baulich geschlossen werden. Wir stehen zu den geltenden Verträgen ebenso wie zu unseren Grundsätzen von Transparenz und Beteiligung. Wir werden darauf achten, dass die durch den Vorhabenträger eingegangenen rechtlichen Verpflichtungen eingehalten werden.

- **Spielhallen**

Wir werden alle rechtlichen und ordnungsbehördlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Ansiedlung von Spielhallen zu verhindern.

- **Tempelhofer Feld**

Wir wollen das Tempelhofer Feld als große Freifläche für Mensch und Natur erhalten. Eine Bebauung soll grundsätzlich außerhalb des Rundwegs stattfinden. Wir wollen am südlichen Rand gewerbliche Nutzung voranbringen und uns hier am Rundweg orientieren. SPD und Grüne unterstützen den geplanten Zugang für die Anwohner an der Südseite des Feldes und einen Nord-Süd-Weg für Fußgänger und Radfahrer. Wir setzen uns für einen S-Bahnhof am Südrand ein.

- **Perspektiven-Werkstätten**

Wir wollen bei großen und speziellen städtebaulichen Entwicklungsprojekten im Bezirk – wie bei der Bahnhofstraße/Mälzerei in Lichtenrade und dem Güterbahnhof Wilmersdorf – Perspektivenwerkstätten durchführen lassen. Hierdurch soll die übergreifende Fachplanung und die Beteiligung von Bürger/innen, aber auch der Investoren in einem Prozess zusammengeführt werden. Perspektivenwerkstätten dienen dazu, einen Verständigungsprozess zwischen den unterschiedlichen Entwicklungszielen herbeizuführen und kooperativ aufzulösen.

- **Zweckentfremdungsverbotsverordnung**

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land eine Zweckentfremdungsverbotsverordnung erlässt, die eine wirksame Genehmigungspflicht für die Umwandlung von Wohnraum vorsieht. Eine solche Regelung ist dringend notwendig, da insbesondere in Schöneberg vermehrt Wohnungen zu Ferienwohnungen und zu gewerblichen Nutzungen umgenutzt werden und damit dem Wohnungsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen.

Verkehr

Eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur in Tempelhof-Schöneberg ist wesentlich für die Lebensqualität und eine Grundvoraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Dazu zählen eine gute Erreichbarkeit, ein verlässlicher und bezahlbarer Öffentlicher Personennahverkehr und ein verantwortungsbewusster Umgang mit Motorisiertem Individualverkehr.

Die Umweltbelastung durch Lärm, Feinstaub, Stickoxyde muss gemindert werden, daher setzen wir uns z. B. für eine stadtverträgliche Lenkung des Schwerlastverkehrs – schon auf dem Außenring – ein. Wohnknieze sollen von Durchgangsverkehren entlastet werden, deshalb werden wir dort, wo es erforderlich ist, notwendige verkehrslenkende Maßnahmen auf den Weg bringen.

Ein wesentliches Element, um Belastungen des Verkehrs zu mindern, ist die Verkehrsvermeidung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Einrichtung eines Güterverteilsubzentrums durch die Reaktivierung des Güterbahnhofs Tempelhof erfolgt. Projekte der sog. „e-Mobility“ können ebenfalls sinnvoll dazu beitragen, notwendige Verkehre verträglicher zu organisieren.

Gerade Fußgänger/innen benötigen die Förderung und den besonderen Schutz der Verkehrspolitik. Wir wollen die Straßen des Bezirks Schritt für Schritt barrierefrei gestalten. Verkehrssicherheit für Fußgänger/innen muss besonders vor Kindertagesstätten, Schulen und sozialen Einrichtungen gewährleistet sein. Fußgänger/innen und Menschen mit Behinderungen sollen im Bezirk besser mobil sein können. Wir werden deshalb die Absenkung von Bordsteinen an Straßenübergängen und Kreuzungen vorantreiben und uns dafür einsetzen, dass weitere U-Bahnhöfe mit Aufzügen ausgestattet werden. Besondere Bedeutung hat dabei die Umsteigesituation von S- und U-Bahn an der Yorckstraße.

In Lichtenrade droht die Zerschneidung des Ortsteils durch eine Hochgeschwindigkeitsstrecke der Deutschen Bahn. Diese unangemessene Einschränkung des Wohnumfelds werden wir nicht hinnehmen. Wir werden uns daher weiter für eine Tunnellösung für die Dresdner Bahn einsetzen.

Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Entwicklung des Fahrradverkehrs in diesem Bezirk:

- In den kommenden fünf Jahren werden die notwendigen Bau-, Markierungs- und Beschilderungsmaßnahmen für die Ausweisung der in Tempelhof-Schöneberg liegenden Haupt- und Nebenrouten vorrangig umgesetzt. Dabei wird das Konzept des Nebenroutennetzes, das vom bezirklichen FahrRat entwickelt wird und in der BVV als Drucksache Nr. 1842/XVIII beschlossen wurde, genutzt. Durch diese Maßnahmen werden auch wichtige Radverkehrsverbindungen an die angrenzenden Bezirke hergestellt.
- Priorität haben auch die Maßnahmen bezüglich des Fahrradverkehrs, die unter der Überschrift 'Perspektiven für die Tempelhofer Nord-Süd-Achsen!', als Drucksache Nr.1565 XVIII von der BVV beschlossen wurde. Zusätzlich soll die Einrichtung einer Radspur (Angebotsstreifen), zwischen Alt-Tempelhof und Alt-Mariendorf auf dem Tempelhofer Damm geprüft werden.
- Die schwierigen Situationen am Bülowbogen und am Priesterweg an der Einmündung in die Sembritzkistraße müssen endlich beendet werden.
- Im Rahmen des Senatsprogramms „Radverkehr an Hauptstraßen“ werden in einem ersten Schritt für folgende Hauptstraßen Sondermittel für Radspuren angemeldet:

- Schöneberger Str. – Alt-Tempelhof zwischen Alboinstr. und Germaniastr. (Ds.1843/XVIII)
- Boelckestr., Manteuffelstr. sowie Alarichstr. (Ds. 1565/XVIII)
- Zusätzlich ist die Einrichtung von Radverkehrsanlagen durch die zuständige Senatsverwaltung in folgenden Straßen zu prüfen :
 - Rheinstr., Hauptstr. bis Innsbrucker Platz
 - Kolonnenstr. (Fortführung der Radspur Dudenstr.)
- Im Rahmen des Programms zur Radwegsanierung werden folgende Radwege instandgesetzt:
 - Barnetstr. und Hildburghäuser Strasse
 (Finanzierungsvorbehalt, unter der Bedingung, dass die Finanzierung aus dem Landesprogramm erfolgt)
- In der zur Beschlussfassung vorliegenden Fortschreibung der Radverkehrsstrategie des Senats sind Modellprojekte vorgesehen, um die sich die Bezirke bewerben können. Tempelhof-Schöneberg wird sich um Modellprojekte für ein Nahbereichsnetz und für die fahrradfreundliche Gestaltung eines Ortsteilzentrums sowie für Bike&Ride-Anlagen an einem Pendlerbahnhof bewerben.
- Ein Problem bei der Umsetzung von Radverkehrsmaßnahmen ist die mangelnde personelle Ausstattung des Bezirks. Mindestens eine für Radverkehrsmaßnahmen zuständige Ingenieursstelle ist neu zu schaffen.
- Im Haushalt wird beim Unterhaltungstitel eine Zweckbindung in Höhe 100.000 EUR jährlich für die Radwegesanierung angebracht. In jedem Einzelfall ist unter Einbeziehung des FahrRates zu prüfen, ob statt der Sanierung des Radweges Angebotsstreifen auf der Fahrbahn geschaffen werden können.
- Es werden zusätzliche Fahrradabstellanlagen an Schwerpunkten des Radverkehrs, wenn nötig auf Kosten von Kfz-Stellplätzen, errichtet.
- SPD und Bündnis 90/Die Grünen schätzen den bezirklichen FahrRat als wichtigen Partner und werden seine Arbeit stärken. Wir werden sicher stellen, dass die Ergebnisse der Sitzungen des FahrRates regelmäßig im zuständigen BVV-Ausschuss besprochen werden. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden die Radverkehrsangebote und die Arbeit des FahrRats im Internet veröffentlicht.
- Alle Möglichkeiten der positiven Einflussnahme auf die Verkehrslenkung Berlin (VLB) werden geprüft. Ziel ist, die VLB zu einer besseren Zusammenarbeit mit dem Bezirk zu verpflichten. Das betrifft besonders den Bereich der Fahrradverkehrsanlagen.

Wirtschaft

Wir sehen in der Bestandpflege eine wichtige Säule der Wirtschaftsförderung. Vorhandene Unternehmensnetzwerke sind zu fördern. Neue Unternehmensnetzwerke sollen entstehen. Dieser Prozess muss aktiv begleitet werden.

Eine besondere Zielgruppe für Tempelhof-Schöneberg sind die Unternehmer und Unternehmerinnen mit Migrationshintergrund, deren Potentiale und Ressourcen noch deutlicher genutzt und unterstützt werden sollen.

Familienfreundlichkeit als Betriebskultur schafft den Betrieben einen Wettbewerbsvorteil und den Familien die Sicherheit, Beruf und Familie vereinbaren zu können. Die Wirtschaftsförderung wird bei Unternehmen dafür werben, familienfreundlich zu werden bzw. zu bleiben.

Das Geschäftsstraßenmanagement ist weiter zu unterstützen. Möglichkeiten weiterer Maßnahmen sind zu prüfen, z. B. um Gewerbetreibende zu stärken, Leerstand zu vermeiden und Eigentümer in die Verantwortung zu nehmen.

Die bezirkliche Wirtschaftsförderung wird weiterhin Unternehmen mit Preisen fördern (Inklusionspreis, Preis für familienfreundliches Unternehmen, Green Buddy).

Gesundheit und Soziales

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt im Bezirk fördern, setzen auf quartiersbezogene Strategien der Gesundheitsprävention und der sozialen Teilhabe und wollen die soziale Infrastruktur erhalten. Dazu gehören die vier besonderen Angebote für Wohnungslose (Hohenstaufenstraße, Alboinplatz, Czerniskistraße und Clearingstelle Rembrandtstraße) ebenso wie die Schuldnerberatung durch die Verbraucherzentrale und die Kiezoase in der Kurmärkischen Straße. Die Organisationsreform der sozialen Dienste im Sozialamt zu Gunsten einer stärkeren Ausrichtung auf die Sozialräume wird fortgesetzt.

Im Bereich der Gesundheitsförderung steht für uns die Prävention im Vordergrund. Das trifft auch für den Bereich der Suchtprävention zu: Beim Jobcenter setzen wir uns für eine Weiterführung des erfolgreichen Projekts KafKA (Kein Alkohol für Kinder Aktion) ein. In Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Suchtprävention und der AOK wird das bundesweit ausgezeichnete Projekt PeaS (Peer Eltern an Schulen) weiter ausgebaut. Das Angebot der Alkohol- und Medikamentenberatung im Bezirk wird insbesondere unter geschlechtsspezifischem und interkulturellem Ansatz reorganisiert.

Das Modellgesundheitsamt dient als Orientierung für die personelle Ausstattung. Das gemeinsame Ziel ist ein Gesundheitsamt, das seine gesetzlichen Aufgaben und vor allem die Gesundheitsprävention für Kinder und Jugendliche auch erfüllen kann. Wir streben eine noch stärkere Vernetzung der beteiligten Ämter, Einrichtungen und Initiativen an.

- **Demographischer Wandel**

Insbesondere der demographische Wandel und die größer werdende Gruppe der Älteren werden die besondere Aufmerksamkeit des Bezirksamtes und der BVV haben. Die im Projekt Demographischer Wandel in der vergangenen Legislaturperiode begonnenen, erfolgreichen und im Rahmen der KLR refinanzierten Projekte werden verstetigt und in die Fachabteilungen überführt. Beim Steuerungsdienst wird eine ämterübergreifende Koordinierungsrunde eingerichtet, die ein Konzept entwickelt, wie das Projekt „Demographischer Wandel“ konkret weitergeführt wird.

Es ist vereinbart, die Begegnung von Jung und Alt zu fördern, z.B. durch eine weitere Öffnung der Seniorenfreizeitstätten in den Kiez. In einem Modellprojekt soll das gemeinsame Mittagessen von Seniorinnen und Senioren mit Kindern und Jugendlichen geprüft und ggf. erprobt werden.

Im Bezirk werden in den nächsten fünf Jahren bis zu 100 zusätzliche Bänke/Sitzgelegenheiten aufgestellt, wodurch u. a. die Mobilität und Begegnung Älterer unterstützt wird. Zur Finanzierung soll auch um „Bankpatenschaften“ geworben werden.

- **Bürgerschaftliches Engagement stärken**

Wir sind uns einig, dass bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe ganz unverzichtbar für eine hohe Lebensqualität im Bezirk sind. Die Bereitschaft, selbst Verantwortung zu übernehmen, fördert die Identifikation mit dem Bezirk und seinen Kiezen und soll die staatlichen Angebote unterstützen und ergänzen. Die Kultur der Anerkennung und Wertschätzung wird weiter ausgebaut und soll mehr sein als ein einmaliges Dankeschön.

Das Ehrenamt soll weiter gestärkt, das Ehrenamtsbüro soll beibehalten und weiter unterstützt werden.

Steuerung der Transfermittel

Bei der Steuerung der Transfermittel im Jugend- und Sozialamt besteht weiterhin Handlungsbedarf. Unser Ziel ist es, die knappen finanziellen Mittel effektiver und effizienter einsetzen zu können. Von einer Steuerung erwarten wir eine Verbesserung des Wirkungs- bzw. Zielerreichungsmanagements. Ein effizientes Management bietet Einsparpotenziale, die nur ausgeschöpft werden können, wenn hierfür zusätzliches Personal von der Landesebene bereitgestellt wird.

Jugend

Wir wollen einen kinder- und familienfreundlichen Bezirk, in dem Kinder und Jugendliche zu selbstbestimmten und gut ausgebildeten Menschen heranwachsen. Die Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sind ein wichtiger Baustein der weiter auszubauenden Beteiligungskultur in Tempelhof-Schöneberg. Wir wollen selbstbewusste Heranwachsende, die sich für ihre Belange einsetzen.

- Das gemeinsame Ziel ist ein Jugendamt, das seine gesetzlichen Aufgaben erfüllen kann. Das Modelljugendamt dient als Orientierung für die personelle Ausstattung.
- Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und die Familienbildung dienen dazu, Kinder, Jugendliche und Familien zu stärken. Dies muss weiterhin flächendeckend im Bezirk vorhanden sein. Wir wollen die Standorte der Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten und die schrittweise Übertragung an freie Träger fortführen. Die jeweiligen Konzepte müssen dabei regelmäßig an den aktuellen Bedarf angepasst werden (z.B. Öffnungszeiten).
- Tempelhof-Schöneberg hat bereits ein breites Netz an Bündnissen für Bildung. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses ausgebaut und gefestigt wird. Ziel ist es, dass alle Schulen und eine Vielzahl an Kitas und anderen Einrichtungen Teil eines Bündnisses für Bildung werden.
- In den nächsten Jahren werden in Berlin viele Tausend Kitaplätze fehlen. In Tempelhof-Schöneberg wird deshalb weiterhin bei Kitaträgern, bei Unternehmen und bei potentiellen Tagespflegeeltern geworben und diese im Rahmen der Möglichkeiten unterstützt, neue Plätze zu schaffen.
- Wir begrüßen Bestrebungen von Kitas, sich zu Familienzentren weiter zu entwickeln und damit in den umliegenden Kiez zu öffnen. Wir werden Kitas darin unterstützen, Drittmittel (z.B. Landes- oder Bundesmittel) einzuwerben.
- Für das Modellprojekt Familienhebammen des Bundes wird sich der Bezirk Tempelhof-Schöneberg bewerben.
- Das Projekt des Jugendamtes zur Quartiersentwicklung 'Waldsassener Straße 40' in Marienfelde-Süd wird fortgeführt.
- Das Kinder- und Jugendparlament wird weiterhin unterstützt.
- **Tempelhofer Forum**
Die Zählgemeinschaftspartner vereinbaren, hinsichtlich der vom Tempelhofer Forum e.V. erbrachten Fort- und Weiterbildungsangebote eine umfassende Evaluierung unter Einbeziehung aller relevanten Akteure vorzunehmen. Dabei ist auch aufgaben- und zweckkritisch zu prüfen, auf welcher Vertrags- und Rechtsgrundlage der Bezirk das Tempelhofer Forum e.V. fördert und ob es sich bei dem Angebot um eine Aufgabe handelt, die in der Zuständigkeit der Bezirke liegt. Die Evaluierung soll die Qualität der erbrachten Bildungsangebote überprüfen und klären, wie die Bildungsangebote des Tempelhofer Forums im Kostenvergleich zu Angeboten anderer Dienstleister wie z.B. des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg (SFBB) zu bewerten sind bzw. ob die Möglichkeit besteht, sie in andere Fortbildungsangebote zu integrieren. Sollte im Ergebnis festgestellt werden, dass die Arbeit vom Tempelhofer Forum fortgesetzt werden soll, vereinbaren die Partner zeitnah eine infrastrukturkostensparende Unterbringung vorzunehmen.

Bildung / Kultur

- Wir wollen den Bildungs- und Kulturentwicklungsplan fortschreiben mit dem Ziel der Sicherung, Substanzerhaltung und Weiterentwicklung der bezirklichen kulturellen Einrichtungen im Bezirk zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere für die südlichen Ortsteile.
- Unser gemeinsames Ziel ist eine grundlegende Erneuerung des Bibliothekenkonzepts mit folgenden inhaltlichen Eckpunkten:
 - Erhalt der dezentralen Bibliotheksstandorte
 - Wirtschaftlichkeit und Effizienz in der Kostenleistungsrechnung (KLR)
 - Erschließung neuer Verleihwege (z.B. über Schulen, Senioren- und Pflegeeinrichtungen)
 - Barrierefreiheit bzw. weitestgehender Abbau von Barrieren
 Dabei ist zu prüfen, welche Auswirkungen der Bau einer Landeszentralbibliothek in Tempelhof auf die Versorgung der Bevölkerung des Bezirks mit Büchern und anderen Medien hat. Eine Planung soll bis Ende des ersten Halbjahres vorliegen.
- Wir wollen das **Haus am Kleistpark**, in dem das Kunstamt und die Musikschule ansässig sind, erhalten und suchen gemeinsam nach Lösungen. Es soll auch geprüft werden, ob der Bezirk als Mieter oder Pächter des Gebäudes die Institution langfristig absichern kann.
- Wir halten an dem Grundsatz fest, dass Straßen nach Frauen benannt werden.
- Wir befürworten im begründeten Einzelfall die Umbenennung der Einemstraße in **Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße**. Wir verabreden, das Verfahren unter Beteiligung der Anwohner/innen voranzutreiben.
- Gemeinsam mit Organisationen wie Terres des femmes wollen wir über angemessene Formen der Erinnerung an Hatun Sürücü im Bezirk diskutieren.